

RADIKAL BRECHEN

Nr. 2

MÄRZ 89

Zeitung für die antiimperialistische und autonome Bewegung

☆ Ein Übles Märchen – Westdeutsch-
land eine Kolonie der USA

NACKTER EUROPÄISCHER CHAUVINISMUS:

☆ Die Faule These die Befreiung
der Völker kann n u r von Europa
ausgehen.

☆ Über einige scheinradikale
"Antiimperialisten" á la
Ghaddafi und Castro

☆ Prozeßerklärung
von Ingrid Strobl

Ein übles Märchen: Westdeutschland, Kolonie der USA

Bei Antiimps/Autonomen ist eine weitverbreitete These, die wir auch eine zeitlang vertreten haben, daß der westdeutsche Imperialismus vom US-Imperialismus oder vom sogenannten "imperialistischen Gesamtsystem" abhängig sei. Damit wird geleugnet, daß er eine eigenständige imperialistische Großmacht ist, die gegen alle anderen Imperialisten, auch z.B. gegen den US- oder den SU-Imperialismus um Einflußgebiete und Maximalprofite kämpft.

Diese Einschätzung resultierte u.a. daraus, daß wir die heute schon bestehende tatsächliche ökonomische, politische und militärische Stärke des westdeutschen Imperialismus nicht oder nur teilweise gesehen haben. Uns fehlte das Verständnis davon, daß der Imperialismus ein Konkurrenzkampf von Großmächten ist, die sich wohl einig sind, wenn es um die Niederschlagung von Aufständen, die Unterdrückung von Streiks und Demonstrationen der Ausgebeuteten geht. Geht es aber um die eigenen Aktien, um bundesdeutsche Profite und Kapital, gibt es nur noch Konkurrenten, Rivalen, denen ihre Einflußsphären, ihre Profite abgejagt werden müssen.

Wie stark ist Westdeutschland heute wirklich?

Es ist bekannt, der westdeutsche Imperialismus ist heute weltweit der größte Warenexporteur und verfügt über den größten Handelsüberschuß. Darüberhinaus besitzt er die zweitgrößten Devisenreserven (SZ, 3.9.88). Damit setzt er andere Länder ökonomisch unter Druck, zwingt sie dazu, entsprechend **s e i n e n** Interessen zu handeln.

Weniger bekannt ist, wie groß sein Gesamtvermögen im Ausland ist. Nach der offiziellen Statistik nähert es sich der Grenze von einer Billiarde DM ("Die 3. Welt in der Schuldenkrise", IMSF, S.279). Damit presst er die Völker anderer Länder aus und kassiert darüber zusätzliche riesige Profite. Auf allen Erdteilen läßt er Arbeiterinnen und Arbeiter in Niederlassungen seiner Firmen arbeiten und macht riesige Extraprofite durch niedrige Löhne.

Gestützt auf diese wirtschaftliche Macht hat sich der westdeutsche Imperialismus weltweit Einflußgebiete geschaffen wie z.B. in der Türkei, in Brasilien, den Philippinen, Südafrika, aber auch in kleineren imperialistischen Ländern wie Österreich oder den Niederlanden. Er versucht, diese ständig auszubauen und sich neue zu erkämpfen.

Doch nicht nur auf ökonomischem Gebiet ist der westdeutsche Imperialismus heute wieder eine Großmacht, sondern auch auf militärischem! Seine Bundeswehr ist die drittstärkste Armee der Welt, ausgerüstet mit modernstem Kriegsgerät, das weltweit exportiert wird und das z.B. im Krieg Iran/Irak erprobt wurde. Er besitzt wieder die Verfügungsgewalt über Atomwaffen. Die Bundeswehr führt unter dem Deckmantel der NATO in aller Welt Militärmanöver durch (jetzt gerade wieder in Kurdistan/Türkei) und übt so den Krieg. Sie bereitet sich systematisch auf lokale und weltweite imperialistische Kriege vor.

Um die eigenen Interessen perspektivisch auch durch die eigene Armee gegenüber den anderen Imperialisten durchzusetzen, braucht der westdeutsche Imperialismus eine eigenständige Kriegsindustrie. Solche Fakten wie die Entstehung des weltweit größten Rüstungskonzerns durch die Fusion von MBB und Daimler-Benz, die Entwicklung und Produktion modernster Kriegsgeräte (jetzt ganz aktuell der Plan von MBB und Daimler-Benz, eine westdeutsche Kurzstreckenrakete zu entwickeln), aber auch die Möglichkeit, in eigener Regie ABC-Waffen produzieren zu können, mittels des eigenen Atomprogramms (oder auch in anderen Ländern wie Südafrika oder Pakistan), der westdeutschen Genlabors usw., zeigt, daß der westdeutsche Imperialismus sich eine eigenständige Kriegsindustrie geschaffen hat und welche riesigen Möglichkeiten in dieser stecken.

Aufgrund seiner ökonomischen Macht (und in der Hinterhand natürlich auch die militärische) hat sich der westdeutsche Imperialismus in allen seinen Einflußgebieten bis zu Ländern wie Polen einen großen und teilweise vorherrschenden politischen Einfluß verschafft.

Der Kampf der westdeutschen Monopole um ihre e i g e n e n Profite

Bei vielen Antiimps/Autonomen kann man vielleicht sogar mit der Einschätzung der Stärke des westdeutschen Imperialismus Zustimmung erzielen. Doch gleich im nächsten Atemzug wird dann behauptet, daß er diese Stärke natürlich keineswegs für irgendwelche eigenständigen Großmachtinteressen gegen die anderen Imperialisten einsetzen kann, sondern nur für die gemeinsamen Ziele mit dem US-Imperialismus oder dem sogenannten "imperialistischen Gesamtsystem". Ein Kampf zwischen den verschiedenen Imperialisten und auch gerade zwischen dem westdeutschen und dem US-Imperialismus um Einflußgebiete und Maximalprofite gibts in dieser Vorstellung nicht mehr.

Dies widerspricht jedoch völlig einer grundlegenden Gesetzmäßigkeit des Imperialismus. Jedes Kapital strebt nach Maximalprofit und kann diesen nur realisieren, wenn es gegen die anderen Kapitale kämpft und ihnen ihren Profit abjagt, den er selber einsackt.

Auch die heutige Realität zeigt, daß die These der Abhängigkeit des westdeutschen Imperialismus falsch ist: Der westdeutsche Imperialismus hat in vielen Ländern den US-Imperialismus verdrängt und gegen ihn dort an Einfluß gewonnen (das heißt natürlich nicht, daß der US-Imperialismus deshalb heute schwach ist, nein, er ist nach wie vor eine gefährliche imperialistische Großmacht!). Das bedeutet dann aber auch, daß der westdeutsche Imperialismus in diesen Ländern a u f K o s t e n d e s U S - I m p e r i a l i s m u s und gegen ihn die Profite, die zuvor die USA gemacht hat, nun in die e i g e n e Tasche steckt.

Hier einige Beispiele:

* B R A S I L I E N

Schon der deutsche Imperialismus zur Zeit des Nazifaschismus ver-

suchte in Brasilien Fuß zu fassen, schaffte es jedoch nicht. Danach begann der westdeutsche Imperialismus, der direkte Nachfolger des Nazifaschismus, einen zweiten Anlauf. 1962 formulierte ein führender westdeutscher Bankier, H.J. Abs, die Zielsetzung des westdeutschen Imperialismus in Südamerika und damit auch in Brasilien:

"Aus finanziellen, aber mehr noch aus politischen Erwägungen wäre es falsch, den USA das Gebiet südlich vom Rio Grande ...allein-zuüberlassen." (G.Weber "Krauts erobern die Welt", Westberlin 1982, S.78) Schon 1975 hatten die westdeutschen Imperialisten einen Großteil ihrer formulierten Ziele erreicht, denn sie lagen hinter den USA an 2. Stelle mit ihren Auslandsinvestitionen ("Lateinamerika", Ewers u.a., Westberlin, 1978). Der größte privatwirtschaftliche Konzern in Südamerika, VW do Brasil, steht an der Spitze von 44 westdeutschen Konzernen, die mehr als 10 Milliarden US-Dollar in Brasilien investiert haben. Seit Jahren nun ist der westdeutsche Imperialismus dabei, mit dem US-Imperialismus gleichzuziehen und ihn zu verdrängen.

* S Ü D A F R I K A

In Südafrika beuten schon lange sämtliche großen westdeutschen Konzerne die zumeist schwarze Bevölkerung aus und erzielen riesige Profite damit. Doch dies genügte dem westdeutschen Imperialismus noch lange nicht und als im Verlauf der letzten Jahre Handel und Kredite des US-Imperialismus zurückgingen (weil dies in den USA politisch immer schwerer war durchzusetzen), einige US-Banken sich sogar ganz aus Südafrika zurückzogen, schlug die Stunde des westdeutschen Imperialismus !

Er wurde zum wichtigsten Warenlieferanten (Tagesspiegel, 21.5.88) und Kreditgeber. Anstelle der US-Banken traten westdeutsche. Die Anleihen der westdeutschen Banken, die 1979 noch 140 Millionen DM betrugen, stiegen 1985 auf über 2 Milliarden DM an !! (aus:"Geld für die Welt", Pater, Bornheim, S.117).

Gibt es keine Kriege mehr zwischen den Imperialisten ??

Doch die Rivalität zwischen den imperialistischen Ländern wird nicht immer so friedlich wie in den obigen Beispielen ablaufen. Mit der Zeit, je tiefer die Krise des Imperialismus wird, desto häufiger wird diese Rivalität in regelrechten Handelskriegen ausgetragen, die jedoch nur Vorboten für die Austragung der Rivalität durch imperialistische Kriege sind.

Wir waren lange Zeit blind gegenüber diesen Fakten und unfähig, aus der Geschichte des 1. und 2. Weltkrieges, der gerade diese Tatsachen bewies, die richtigen Lehren zu ziehen.

Heute gibt es wieder einen Handelskrieg. Dieser wird vor allem zwischen den imperialistischen Großmächten der EG, allen voran der westdeutsche Imperialismus, gegen die USA ausgetragen. Dabei geht es um hunderte von Milliarden von DM. Dieser Krieg hat sich inzwischen auf fast alle Gebiete des Handels ausgeweitet. Handelskriege waren in der Geschichte Vorboten von militärischen Auseinandersetzungen zwischen den imperialistischen Mächten, insbesondere den Großmächten und zeigten oft frühzeitig, wie fortgeschritten die Rivalität zwischen ihnen war.

Das wohl aktuellste Beispiel des heutigen Stands der Rivalität ist der Fall L i b y e n :

Der US-Imperialismus führt gegen Libyen seit Jahren einen unaus-

gesprochenen Krieg (Bombardierung von Tripoli und Bengazi, der sich in Zukunft noch erheblich verschärfen kann.

Was macht der westdeutsche Imperialismus ? Folgt man der Theorie der Antiimps/Autonomen, so müßte er seine amerikanischen "Freunde" gegen Libyen unterstützen ! Aber wie sich eben vor kurzem herausstellte, rüstet er den Kriegsgegner des US-Imperialismus schon seit Jahre mit modernster Kriegstechnologie auf chemischem als auch auf bakteriologischem Gebiet aus !!

Wer kann angesichts dieser Tatsachen noch von ausschließlich gemeinsamen Interessen des US-Imperialismus und des westdeutschen Imperialismus sprechen ??

Wer kann da noch behaupten, es gäbe keine imperialistische Rivalität, die sogar soweit geht, daß es zu kriegerischen Konflikten zwischen imperialistischen Ländern, über Stellvertreter oder auch direkt gegeneinander kommen kann ?!

ALL DIES LÄSST ERKENNEN, MIT WELCH GEFÄHRLICHEM FEIND WIR ES HIER IN WESTDEUTSCHLAND ZU TUN HABEN.

Der westdeutsche Imperialismus ist eine aggressive und gefährliche, eigenständige imperialistische Großmacht, die gegen alle anderen Imperialisten um Einflußgebiete und Profite kämpft, die sich auf lokale und weltweite imperialistische Kriege, auch zwischen den imperialistischen Ländern, vorbereitet.

Die Geschichte lehrt, daß bereits zwei große Raubkriege vom deutschen Imperialismus angezettelt wurden. Heute bereitet sich der westdeutsche Imperialismus auf imperialistische Kriege vor. Er will unbedingt Revanche für die zwei verlorenen Raubzüge, verlorenes Terrain wiedergewinnen. Dies gilt es aufzuhalten und zu beenden, durch den Kampf gegen seine Militarisierung, seine Kriegsvorbereitungen und schließlich durch seine Vernichtung und der Beseitigung des Kapitalismus in der gewaltsamen Revolution.

Wir dürfen den eigenen Feind nicht weiter verharmlosen und von ihm ablenken, sondern seine wirkliche Stärke, seine Ziele und die große Gefahr, die von ihm ausgeht, immer wieder aufdecken , bewußtmachen und anprangern. Nur dann wird unser Kampf erfolgreich sein !

NACKTER EUROPÄISCHER CHAUVINISMUS:

Die faule These die Befreiung der Völker
Kann n u r von Europa ausgehen

Anläßlich der Anti-IWF-Kampagne erklärten Autonome:

"Die Erfahrungen der Revolutionen in der Peripherie beweisen, daß das Kapital n i c h t dort, sondern nur in den Metropolen erfolgreich anzugreifen ist. ...erst wenn sich h i e r die Verhältnisse ändern, haben die Befreiungsbewegungen ü b e r h a u p t die Chance, ihren Weg zu gehen."
("Der IWF oder die Vernichtung hat Methode")

Auch die RAF und die Antiimps propagieren seit einigen Jahren eine ähnliche Vorstellung:

Erst müssen die Kämpfe in Westeuropa stärker werden, nur dann können auch die in den unterdrückten Ländern sich weiterentwickeln und erstarken

Auch wir haben diese falschen Positionen eine zeitlang selbst vertreten und dachten wie toll internationalistisch wir überlegen und handeln würden. Erst in der Diskussion und Auseinandersetzung, gerade mit Revolutionären aus anderen Ländern, haben wir hier alte, überhebliche Vorstellungen ablegen können und erkannt, daß unsere Vorstellungen Ausdruck unserer europäischen Denk- und Sichtweise gewesen sind.

Kern der Einstellung ist: Erst kommen wir, und dann der Rest der Welt. Der Internationalismus wird mit Füßen getreten. Konkret äußert sich das so:

Die Revolutionen im Iran und Nicaragua sind ab sofort die letzten in solchen Ländern. Neue werden die Imperialisten nicht mehr zulassen. Die wird es erst wieder geben nach unserem Sieg in den Metropolen.

Damit zwingt man die revolutionären Kämpfe in den unterdrückten Ländern zum Abwarten, bis in den imperialistischen Ländern die Revolution gesiegt hat bzw. bis dort die Kämpfe stärker werden.

Damit wird der opferreiche Kampf der unterdrückten Völker gegen den Imperialismus mit völliger Überheblichkeit als aussichtslos hingestellt, führt zur Geringschätzung der Revolutionen der unterdrückten Völker. Mit diesen Positionen wird der sowieso schon extrem stark existierende europäische Chauvinismus unterstützt, eine neue Variante eingeführt und somit dem westdeutschen Imperialismus Zubringerdienste geleistet für seine eigene chauvinistische Propaganda, die er tagtäglich verbreitet.

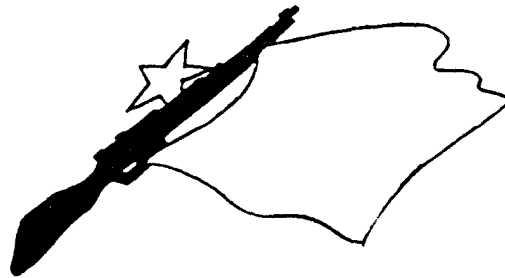
Theoretisch ist dies alles kein "Neuer Antiimperialismus". Schon im I. Weltkrieg hat die Sozialdemokratie in Deutschland (nicht zu verwechseln mit der SPARTAKUS-Gruppe) die Auffassung vertreten, daß das Zarenreich - das allgemein als besonders reaktionär galt - vom "zivilisierten Europa" aus befreit werden muß. Europa bringt Asien die "Befreiung", in diesem Tenor wurde der deutsche Imperialismus im Krieg gegen Rußland unterstützt.

Europa wurde zum "Nabel der Welt" erklärt. Und heute? Den "Internationalismus" auf die Schaffung einer "Westeuropäischen Front zu reduzieren, kommt das nicht eher einer Karikatur auf die INTERNATIONALE SOLIDARITÄT gleich? Spiegelt sich darin nicht die alte Überheblichkeit vom zivilisierten Europa wider?

Es geht doch darum, bei Berücksichtigung der nationalen Besonderheiten eine internationale gegenseitige Unterstützung der revolutionären Bewegungen der imperialistischen Länder und der unterdrückten Völker in den vom Imperialismus abhängigen Ländern zu schaffen, einen solchen wahrhaft internationalistischen Zusammenschluß aufzubauen. Internationalistisch denken und handeln, beides muß erst - gegen die vorherrschende nationalistische Überheblichkeit und der Vorstellung, das der "eigene" Kontinent etwas ganz Außergewöhnliches, Auserwähltes sei, - durchgesetzt werden. OHNE KAMPF GEGEN CHAUVINISMUS IST EIN WIRKLICHER INTERNATIONALISMUS NICHT MACHBAR !

* * * * *

LENIN-STALIN ZU EINIGEN FRAGEN DES BEWAFFNETEN KAMPFES DER MASSES UND DES INDIVIDUELLEN TERRORS



- Über die objektiven und subjektiven Bedingungen einer revolutionären Situation
- Über den bewaffneten Kampf und seine Formen
- Ökonomismus und Terrorismus
- Der ökonomische Terror und die Arbeiterbewegung

Diese Broschüre hat uns gut gefallen und finden wir wichtig für die Auseinandersetzung über Konzepte des bewaffneten Kampfes.

Über einige scheinradikale "Antiimperialisten" á la Ghaddafi und Castro

Wie die RAF, Antiimps und Autonomen haben wir früher von den sogenannten "Jungen Nationalstaaten" gesprochen, die angeblich einen Kampf gegen den Imperialismus für den Erhalt ihrer Unabhängigkeit von diesem führen. Alle diese Länder seien früher vom Imperialismus unterdrückt und abhängig gewesen. Als Beispiele wurden und werden meist Kuba und Libyen genannt. Die Gesellschaftsordnung in diesen Ländern sei sozialistisch und zumindest Kuba wird nach wie vor als Vorbild propagiert, wie sich Antiimps/-RAF und auch Teile der Autonomen und wir früher eine Gesellschaft nach der Revolution vorstellen.

Länder wie Afghanistan und Äthiopien werden zwar nicht offensiv als Vorbilder herausgestellt, jedoch zeigt sich, wenn man/frau in der Diskussion weiterbohrt, daß auch diese als sozialistisch oder wenigstens als antiimperialistisch eingeschätzt werden.

Ziemlich lange haben wir diese Positionen selbst aktiv mitvertreten. Nachdem wir uns jedoch genauer mit diesen Ländern beschäftigt haben, erkannten wir, wie falsch diese Einschätzungen sind. Diese Länder sind keineswegs das, was sie vorgebend, sondern stehen auf der anderen Seite der Barrikade. Warum?

Weil vom Imperialismus abhängige und unterdrückte Länder erst dann zur Seite der Revolution gehören, erst dann wirklich antiimperialistisch sein können, wenn die dort herrschenden Klassen gestürzt und sämtliche Imperialisten einschließlich der SU vertrieben worden sind und radikal mit den alten Verhältnissen gebrochen worden ist. Dies ist nur dann möglich, wenn der alte reaktionäre Staatsapparat durch die bewaffneten Kämpfe der Ausgebeuteten zerschlagen wird, die Herrschenden gestürzt werden. Je radikaler mit der alten Gesellschaft gebrochen wird, um so besser. Denn nur auf den Trümmern der alten Gesellschaft kann eine revolutionäre neue Gesellschaftsordnung entstehen.

Nun wird aber von den Antiimps/Autonomen gegen eine solche Argumentation oft folgendes vorgebracht:

"Was wollt ihr denn? In Libyen und Kuba gabs doch eine Revolution. Dort sind doch auch die Imperialisten rausgeflogen."

zu K U B A

Was gab es denn da wirklich ? In Kuba gab es bewaffnete Kämpfe gegen das vom US-Imperialismus abhängige Batista-Regime, welches dann auch gestürzt werden konnte. Danach wurden vor allem im sozialen und Bildungsbereich weitgehende Verbesserungen durchgeführt. Eine wirkliche Revolution aber, die alle Imperialisten aus dem Lande wirft, und nicht nur einen Imperialisten durch einen anderen austauscht, war es keineswegs. Denn Kuba wurde zunehmend von der SU abhängig. Statt Beteiligung der breiten Massen an der Machtausübung verkam das neue Regime zu einer Machtzentrale einer neuen korrupten, bürokratischen Clique, die sich gegenseitig die Staatsposten zuschustert. Statt einer allseitigen Entwicklung der Wirtschaft wurde die wirtschaftliche Unterentwicklung weiter verfestigt, indem man an der Monokultur festhielt. Rassismus gegen die Schwarzen im Lande, die Nachfahren der einst nach Kuba verschleppten Negersklaven ist heute wieder gang und gäbe.

CASTROS "NEUE WELTWIRTSCHAFTSORDNUNG" - EIN KONTERREVOLUTIONÄRES GESCHWÄTZ

Wie weit es mit Castros "revolutionärem" Geschwätz her ist, zeigen auch seine Überlegungen ganz aktuell anlässlich des sogenannten "Gegenkongresses" zur IWF-Weltbanktagung in Berlin (West), wo er sein Konzept in seinem Buch "Wenn wir überleben wollen..." auf den Punkt bringt:

"Ich will keine unkontrollierte Explosion. Wichtiger als eine, zwei, drei, vier oder fünf Revolutionen ist in diesem Augenblick ein Ausweg aus der Krise, die Errichtung der neuen Weltwirtschaftsordnung."

(aus:"Konsequent", Organ der SEW 2/88, S.68)

So ist das also ! Ja keine unkontrollierten Explosionen... Und Revolutionen sind ja auch nicht mehr so wichtig... Wenn das keine deutliche Sprache ist, auf welcher Seite Castro steht, dann wissen wir auch nicht weiter.

Nur allzu konsequent beteiligen sich folglich kubanische Truppen an dem Krieg des faschistischen Äthiopien gegen die Freiheitskämpfer in Eritrea, um den Einflußbereich der imperialistischen SU gegen "unkontrollierte Explosionen" eines unterdrückten Volkes zu sichern. Kuba, nach wie vor unser Vorbild ??

Und L y b i e n :

In Libyen gab es auch gewaltige Kämpfe gegen das damalige USA-abhängige Regime. Doch war das, was als "libysche Revolution" propagiert wurde, nichts weiter als ein Putsch. Nach dem Putsch gab es zwar, wie in Kuba auch, Verbesserungen im sozialen und Bildungsbereich, doch eine radikale Umgestaltung gab es nicht. Es wurde einfach eine Regierung durch eine andere ersetzt, der alte reaktionäre Staat, die alte Armee und Polizei wurden nicht zerstört, sondern von der neuen Regierung einfach übernommen, die alte Abhängigkeit vom Imperialismus einfach nach dem Putsch nun mit der Abhängigkeit vor allem der SU ausgetauscht.

GADHAFI- EIN REAKTIONÄRER ISLAMIST UND ANTISEMIT

Weitere Schlaglichter über die aktuelle Politik Libyens bringen ans Licht:

- Das erklärte Ziel von Gadhafi ist die Errichtung eines islamischen Weltreichs. Um diesem Ziel ein Stück näher zu kommen, führte Libyen bis vor kurzem einen reaktionären Expansionskrieg gegen den Tschad , verbündet sich mit Reaktionären wie z.B. dem Khomeini-Regime. Diesem schickte Gadhafi sogar für seinen reaktionären Krieg gegen den Irak libysche Soldaten.
- Libyen gewährte dem faschistischen Äthiopien ab 1977 technische militärische und personelle Hilfe, um die revolutionären Kämpferinnen und Kämpfer in Eritrea besser niedermetzeln zu können
- Er lobt den Altnazi Waldheim und offenbart unverblümt seine zutiefst antisemitischen Ansichten in einem "Brief an das österreichische Volk", wo er schrieb:

"Ich betrachte die Wahl Dr. Waldheims als Ehre für das österreichische Volk, weil damit der Anfang der Niederlage des Zionismus nicht nur in Österreich, sondern in der ganzen Welt gemacht wurde". (TAZ, 4.9.88)

Und in einem Interview in der "Zeit" erklärte er, mit einem amerikanischen Außenminister der Jude sei, würde er nicht reden.

Das bedarf wirklich keines weiteren Kommentars.

AFGHANISTAN UND ÄTHIOPIEN - FASCHISTISCHE REGIME

Der angebliche Sozialismus in Afghanistan und Äthiopien wurde von uns früher damit begründet, daß es dort eine Revolution gegeben hätte und die Imperialisten vertrieben worden wären. Doch auch in diesen beiden Ländern war diese "Revolution" ein Putsch, vergleichbar mit Libyen, der am Ausbeuter- und Unterdrückersystem und der Abhängigkeit vom Imperialismus (heute halt von der SU) in diesen Ländern nichts änderte.

Dazu folgende Fakten:

Zu A f g h a n i s t a n :

- * Das afghanische Regime führte bis vor kurzem mit direkter Beteiligung russischer Soldaten einen Krieg gegen die Völker Afghanistans durch mit
 - Flächenbombardements von Städten und Dörfern
 - Erschießung aller Bewohner derjenigen Dörfer, die Guerillas unterstützt haben
 - Einsatz von Napalm
 - Tausende von Folterungen, Ermordungen von Revolutionären
- * Die SU verhält sich in Afghanistan typisch imperialistisch:
 - Fast die gesamte Baumwolle muß Afghanistan an die SU verkaufen. Es sind langfristige Festpreise festgelegt worden. Die Fabriken in Afghanistan dürfen nur einfache Baumwollprodukte herstellen. Diese werden dann in der SU verarbeitet und wieder nach Afghanistan exportiert.
 - Erdgas mußte Afghanistan 1980 an die SU unter dem Weltmarktpreis verkaufen. Für 1000 Kubikmeter zahlte die SU 80 US-Dollar, der Weltmarktpreis lag hingegen bei 160 US-Dollar.
- * Zur angeblichen "Landreform" in Afghanistan muß gesagt werden: Das bißchen Boden, das einmal verteilt wurde, wurde nach dem Machtantritt Karmals (1979) wieder an die alten Besitzer, meist Großgrundbesitzer, zurückgegeben - entgegen dem ursprünglichen Plan, 703 000 ha zu verteilen. Somit ist klar, daß in Afghanistan die alten feudalistischen Verhältnisse niemals wirklich auch nur angetastet wurden.

Zu Äthiopien

* Das faschistische äthiopische Regime führt seit 15 Jahren einen systematischen Krieg gegen die unterdrückte eritreanische Nationalität. (Ebenso bekämpft es die unterdrückten Nationalitäten der Tigray, Somali, Oromos)

- Ganze Städte Eritreas wurden dem Erdboden gleichgemacht
- Die Lebensgrundlagen des eritreanischen Volkes und der anderen Völker wurden und werden zerstört. Dadurch kam es zu riesigen Hungersnöten
- 200.000 Eritreaner wurden bisher ermordet. 1 Million mußten vor dem Völkermord flüchten.

- - - - -

Nur wenn wir scharf zwischen Freund und Feind der Revolution hier in Westdeutschland und auch international unterscheiden können, sind wir in der Lage für die eigene sowie die weltweite Revolution zu kämpfen.

Verwechseln wir hingegen Freund und Feind, so verbünden wir uns zwangsläufig mit einigen unserer Feinde und unterstützen sie dadurch.

Ein Beispiel aus der letzten Zeit verdeutlicht dies sehr gut:

Ein Großteil der Antiimps/Autonomen vertrat während der Anti-IWF-Kampagne, daß man doch die Schuldnerländer stärken müsse. Sie behaupteten, daß eine solche Stärkung ein Beitrag zum Kampf gegen den Imperialismus wäre, weil diese Länder ja auch gegen den Imperialismus kämpfen würden. Im Klartext bedeutet dies jedoch, reaktionäre, faschistische Regimes, die beim IWF verschuldet sind, zu unterstützen und ihnen somit zu helfen, die Geschäfte der herrschenden Klassen und des Imperialismus auf dem Rücken der Völker besser ausführen zu können.

Eine Vorstellung, die solche Einschätzungen hervorbringt, führt zwangsläufig zur Sabotage am antiimperialistischen Kampf.

ZUR PROZESSERKLÄRUNG VON INGRID STROBL:

Wir drucken im folgenden ihre Prozeßerklärung vom 14.2.89 ab. Unserer Meinung nach deckt sie dort nicht nur die Rolle der Klassenjustiz heute, sondern überhaupt den Klassencharakter des Staatsapparates in der BRD sehr gut auf, ohne dabei die geschichtlichen Besonderheiten außer Acht zu lassen.

Wir halten es für wichtig, die Erklärung weiter bekannt zu machen und sich mit den Inhalten auseinanderzusetzen.

Da es in diesem Prozeß um die Politik der Revolutionären Zellen/Rote Zora geht wollen wir hier nur kurz benennen, daß wir zu der Linie der RZ grundlegende Widersprüche haben, die wir in den nächsten Nummern auch genauer ausführen wollen. Es geht um das Konzept der Stadtguerilla, es geht um die Leugnung der zwischenimperialistischen Widersprüche, es geht um die Vorstellung einer Revolution ohne Aufbau eines revolutionären Staates der Arbeiterklasse und es geht um die Inschutznahme der neuen Ausbeuterordnung und ihrer Herren Bürokraten in der UdSSR und die Inschutznahme ihrer imperialistischen Politik, indem erklärt wird: "Trotz alledem kann nicht bestritten werden, daß die Voraussetzungen für die imperialistische Politik in der dritten Welt ohne die Sowjetunion denkbar schlechter wären." ("Jedes Herz eine Zeitbombe." Abgedruckt in der Broschüre über die RZ's: "Geschichte, Kritiken, Dokumente." S. 59).

Dokumentation

Prozeßerklärung von Ingrid Strobl

Wir befinden uns hier in einem Prozeß, der nach dem Paragraphen 129a geführt wird. Ich will daher vor allem etwas zu diesem Paragraphen sagen. Einige der Besucherinnen und Besucher dieses Prozesses werden sich wohl wundern über das abschreckende Ritual, dem sie ausgesetzt wurden, seit sie das Gerichtsgebäude betreten haben. Andere, die mehr Erfahrung mit politischen Prozessen haben, wundern sich nicht mehr. Wer schon länger Verhandlungen beobachtet, die vor Staatsschutzsenaten in diesem Land geführt werden, der und die empfindet dieses Ritual inzwischen fast als selbstverständlich.

Es ist aber durchaus nicht selbstverständlich, daß Besucherinnen und Besucher eines Prozesses den Gerichtssaal nur betreten dürfen, nachdem sie sich einer erniedrigenden Körperkontrolle unterzogen haben. Es ist nicht selbstverständlich, daß selbst die Verteidigerinnen und Verteidiger diese Kontrollen über sich ergehen lassen müssen. Es ist

nicht selbstverständlich, daß man sich, um einen Prozeß zu beobachten, seinen Weg durch ein Spalier von Schwebewaffneten bahnen muß, daß man seine Daten überprüfen und erfassen lassen muß, daß man Stunden, Tage, Wochen in einem festungsartigen, lebensfeindlichen Bunker wie diesem verbringen muß.

Das alles aber ist ein Teil des Sonderrechts, das der Paragraph 129a darstellt. Es ist Teil dieses Paragraphen, der auch außerhalb der Gerichte alles erlaubt, was sonst — noch — nicht erlaubt ist: Hausdurchsuchungen und Festnahmen, Straßenkontrollen und Personalüberprüfungen, Telefonüberwachung und Observation, die Beschlagnahme von Büchern und Broschüren, alles ohne dafür einen konkreten, belegbaren Verdacht vorweisen zu müssen.

Für all diese Maßnahmen genügt die vage Verdachtsbehauptung, es könne ein Verstoß gegen Paragraph 129a vorliegen.

Diese vage Verdachtsbehauptung reicht aus, um die Menschen, die unter diesem Vorwurf verhaftet werden, unter Sonderrecht zu stellen. Das heißt konkret: Isolationshaft, Sicherheitstrakt, Hafräume ohne Fenster. Das heißt auch nach Aufhebung der totalen Isolation erschwerte Haftbedingungen. Das heißt Kontrolle der Verteidigerpost, Verteidigerbesuche hinter der Trennscheibe. Das heißt generell radikale Zensur von Briefen, Büchern, Broschüren, Zeitschriften, Besuchen. Das heißt, Besucherinnen und Besucher nur hinter der Trennscheibe sprechen zu können, doppelt überwacht von einer Gefängnisbeamtin und einem Beamten des Landeskriminalamtes, der bei jeder mißliebigen Äußerung den Besuch abbrechen kann.

Menschen, die der Staatsschutz nach Paragraph 129a verfolgt, haben kaum noch Rechte, und selbst die wenigen können ihnen noch genommen werden — indem man sie zum Beispiel unter Kontaktsperre stellt.

Militante politische Gegner und alle, die dafür gehalten werden, sind keine Menschen mehr, sondern Objekte einer sogenannten Sicherheitspolitik, die das Argument der Sicherheit vorschützt, um sich jede Willkür erlauben zu können.

Der Paragraph 129 wurde unter Bismarck erfunden, um die Sozialistengesetze durchzusetzen. Und er wurde fast genau hundert Jahre später von den inzwischen regierenden Sozialdemokraten um den 129a erweitert, um, wie es so schön heißt, den Terrorismus zu bekämpfen. Dieser Paragraph, der als Waffe gegen die sich organisierende deutsche Arbeiterbewegung geschmiedet wurde, überlebte das Ende des Kaiserreiches und das Ende des „Tausendjährigen Reiches“. Diese Waffe wurde nach der Niederlage des NS-Regimes sorgsam wieder ausgegraben, poliert, technisch verbessert und dient heute als Mehrzweckwaffe gegen jede radikale, nichtintegrierbare Opposition. Sie ist ein Dokument des Antikommunismus, und sie entlarvt den Mythos von der sogenannten Stunde Null. Deutschland lag 1945 in Trümmern, aber das klassische Feindbild hatte nicht den kleinsten Kratzer abbekommen. Während zumindest der Antisemitismus nach Auschwitz eine Zeitlang als inopportun galt, reüssierte der Antikommunismus zum tragenden Segment des deutschen Wiederaufbaus.

Dieser tief verwurzelte Antikommunismus schien den westlichen Alliierten eine Garantie dafür, daß es sich lohnte, aus den Trümmern ein neues Industriezentrum und „Bollwerk des Westens“ aufzubauen. Und so wurden die Konstrukteure und Profiteure der nationalsozialistischen Großraumpolitik bruchlos in die Etablierung dieses imperialistischen Staates Bundesrepublik integriert, da man auf ihre unschätzbare Erfahrung und Kompetenz nicht verzichten konnte und wollte.

Die NS-Wirtschaftsführer, die ganz Europa, von Frankreich bis Polen ausgeraubt hatten, mußten sich kaum aus ihren Chefesseln erheben, um sofort wieder neue Großprojekte zu planen.

Gleichzeitig wurde erneut zum Halali geblasen gegen die Kommunistinnen und Kommunisten, die es gewagt hatten, das NS-Regime zu überleben, die es gewagt hatten — fast als einzige — gegen dieses Regime Widerstand zu leisten.

Die neue alte Waffe in den Händen ihrer Gegner war der Paragraph 129.

Während der Rassenkommentator Globke in Adenauers Staatskanzlei renommierte, wurden — nach Paragraph 129 — 370.000 Ermittlungsverfahren gegen Kommunisten und GegnerInnen der Wiederbewaffnung eingeleitet. Während ehemalige Gestapo-Offiziere ihr neues Auskommen fanden, wurde die Kommunistische Partei Deutschlands erneut verboten.

Die deutschen Firmen, die die besetzten Länder Europas schamlos ausgepreßt, die sogar noch von der industriellen Vernichtung der jüdischen Bevölkerung profitiert hatten, diese Firmen sind heute besser im Geschäft als je zuvor. Von der Deutschen Bank über Krupp bis zu der von Bayer kontrollierten Degesch, die das Zyklon B herstellte, haben diese Firmen heute ihren satten Anteil an der Auspressung, Selektion, Vertreibung und Vernichtung der Menschen in der sogenannten „Dritten Welt“.

Doch dieses Programm funktioniert nur dann reibungslos, wenn im eigenen Lande absolute Ruhe herrscht. Und weil sich der Widerstand gegen dieses neue Programm bald nicht mehr auf die organisierten Kommunisten beschränkte, weil sich die Ruhe weder durch die Notstandsgesetze noch durch die Integration von Teilen der APO, also weder mit Zuckerbrot noch mit Peitsche, herstellen ließ, weil sich immer noch und immer wieder an allen Ecken und Enden Widerstand rührt, deshalb mußte der gute alte Paragraph 129 generalüberholt und den neuen Erfordernissen angepaßt werden. Er wurde um den 129a erweitert, das neue Feindbild hieß nun Terrorismus, und Terrorismus, das ist immer das, was der Staatsschutz dazu erklärt.

Ursprünglich diente das mit diesem Paragraphen geschaffene Sonderrecht in erster Linie dazu, die bewaffneten Gruppen in der Bundesrepublik zu bekämpfen. Doch dabei blieb es nicht. Der Paragraph 129a wurde systematisch neben seinem repressiven Aspekt zu einem Ausforschungsparagraphen ausgebaut, der sich gegen alle politischen Zusammenhänge richtet, die dem Staatsschutz nicht geheuer sind. Nachdem das Arsenal der Fahnder auch noch um die ad-hoc erfundene Konstruktion „anschlagsrelevanter Themen“ erwei-

tert wurde, verfügen sie nun über einen Dietrich, der alle Türen öffnet, die ihnen nach dem sonst herrschenden Recht verschlossen wären. Allein im Zusammenhang mit der Winteraktion vom 18.12.1987 wurden 33 Wohnungen und Arbeitsplätze durchsucht, wurde kiloweise schriftliches Material abgeschleppt, wurden wohl hunderte neue Disketten in die diversen Computer eingespeichert. Allein im Zusammenhang mit Ermittlungen gegen mich wurden 28 Personen bis vor ihre Haustür bespitzelt. Etliche wurden auch noch vorübergehend festgenommen, nachdem die Herren des Morgengrauens ihre Wohnungen auf den Kopf gestellt hatten. Noch immer laufen mindestens 20 Ermittlungsverfahren, nach 4 Personen wird gefahndet, 8 Personen werden inzwischen mit Beugehaft bedroht, weil sie sich weigern, einen Bundesanwalt mit einem Beichtvater zu verwechseln. Die Argumente, mit denen die diversen Ermittlungsverfahren begründet werden, sind atemberaubend. Da reicht es zum Beispiel schon aus, daß jemand mehr als einmal mit mir telefoniert hat. Oder daß sich jemand mit mir zu einer Demonstration verabredet hat. Oder daß jemand mit jemandem telefoniert hat, der sich mit mir zu einer Demonstration verabredet hat ... Es reicht, daß bestimmte Menschen sich zu einem Kneipenbesuch verabredet haben, ohne schon vorher am Telefon anzugeben, worüber sie in der Kneipe reden wollen. Wörtlich heißt das dann so: „Die Beschuldigte hat (...) an einem Treffen (...) im Hinterzimmer einer Gastwirtschaft teilgenom-

men, bei dessen telefonischer Verabredung ganz gezielt der Zweck des Treffens auch nur andeutungsweise nicht erwähnt worden ist.“ Spätestens nach Lektüre der Durchsuchungsbeschlüsse vom 18.12.1987 wird deutlich, worum es hier ging. Es ging — und geht — vor allem darum, Gruppen und Einzelpersonen, deren politische Arbeit sich auf bestimmte Bereiche konzentriert, endlich unter das Mikroskop des Staatsschutzes zu bekommen. Insgesamt aber sollten mit dieser Winteraktion 1987 drei Fliegen mit einer Klappe geschlagen werden: Die Herren Staatsschützer wollten herausbekommen, wer da mit wem was macht und bespricht. Diesen Menschen sollte signalisiert werden: wenn ihr die Finger nicht von gewissen Themen laßt, dann steht ihr mit einem Bein schon im Gefängnis. Und last not least sollten sich möglichst auch ein paar echte Fische in diesem weitgespannten Netz verfangen. Da die zuständigen Experten im BKA annehmen, daß sich die Revolutionären Zellen in der Szene bewegen wie der Fisch im Wasser, hofften sie, nun endlich einmal den lange ersehnten Fang zu machen.

Daß sich beinahe die ganze Aktion als Schlag ins Wasser erwies, ist ein Grund dafür, daß Ulla Penselin und ich, allen Tatsachen zum Trotz, so verbissen als Mitglieder der Revolutionären Zellen aufgebaut wurden. Und nachdem das gegen Ulla Penselin inszenierte Stück schon bei der Generalprobe durchfiel, muß nun der Kriminalfilm gegen Ingrid Strobl um jeden Preis mit einem Happy-End für seine Regisseure in Wiesbaden und Karlsruhe enden.

Der einzige Erfolg, den die Herren Staatschützer mit der Winteraktion 1987 tatsächlich verbuchten, ist der, daß sie seither ihre nimmersatten Computer mit vielen schönen neuen Daten füttern können und daß ihnen einige politische Zusammenhänge jetzt scheinbar durchschaubarer sind als zuvor. Nicht gelungen ist es ihnen, die politische Arbeit in Bereichen Gentechnologie, Flüchtlingspolitik und Sextourismus zu stoppen, die Menschen, die zu diesen Themen arbeiten, einzuschüchtern und zu entsolidarisieren. Ganz im Gegenteil. Das Interesse an diesen Themen ist seit der Winteraktion 1987 ständig gewachsen. Immer mehr Menschen wollten nun gerade erst recht wissen, was es

damit auf sich hat. Die neue Mehrzweckwaffe „anschlagsrelevante Themen“ geriet zum Bumerang für ihre Erfinder.

Doch das ist kein Grund zur Beruhigung. Diese Winteraktion 1987 war ein Pilotprojekt, die dafür erfundenen „anschlagsrelevanten Themen“ bestehen weiter. Diese Worthülle wird noch gefüllt werden, und sie wird immer wieder zum Einsatz kommen, solange sich in diesem Lande Widerstand rührt. „Anschlagsrelevant“ ist immer exakt das Thema, über das die Herrschenden lieber den Mantel des Stillschweigens breiten würden. Zur Zeit sind das die Themen Flüchtlingspolitik, internationaler Sexismus, Gentechnologie und die Situation der politischen Gefangenen beziehungsweise die Forderung nach Zusammenlegung der politischen Gefangenen. Doch die Auswahl dieser Themen ist beliebig. Sie richtet sich nach den jeweiligen politischen Gegebenheiten. Diese Auswahl wird sich auch nicht auf die Themen beschränken, zu denen es bereits Anschläge gibt. Die Erfahrungen mit dem Paragraphen 129a zeigen, daß hier nicht nur bereits geschehene Taten verfolgt werden, sondern auch Taten, die rein fiktiv in die Zukunft projiziert werden. So wurden z.B. schon lange vor der IWF und Weltbank-Tagung vom letzten Herbst bundesweit flächendeckende Kontrollen und Observationen durchgeführt. Und zwar nicht aufgrund bereits erfolgter Anschläge, sondern mit der Begründung, es seien Anschläge zu diesem

Bereich geplant. Das heißt, daß jedes politische Thema potentiell „anschlagsrelevant“ ist. Das heißt, daß jede und jeder radikale Linke, jede radikale Feministin potentiell kriminalisierbar ist.

Um heutzutage einem Ermittlungsverfahren ausgesetzt zu werden, um heutzutage im Gefängnis zu landen, dafür bedarf es keiner Taten mehr. Dafür genügt schon eine bestimmte politische Haltung, die vom Staatsschutz als Gesinnung bezeichnet und geahndet wird. Man muß gar keine Bombe legen. Man muß nur mit anderen über Flüchtlingspolitik diskutieren, ohne den Staatsschutz vorher schriftlich zu dieser Diskussion einzuladen. Man muß gar nicht in die Illegalität gehen. Man muß nur einen Text aus der Illegalität gehen. Man muß nur einen Text aus der Illegalität abdrucken und damit öffentlich zur Diskussion stellen. Das reicht bereits für ein Verfahren, denn der Paragraph 129a macht es möglich.

Der Paragraph 129a macht es auch möglich, daß jemand ohne einen konkreten Beweis monatelang in Untersuchungshaft gehalten und auch verurteilt wird. Denn die unterstellte Gesinnung ersetzt nicht nur Taten, sondern auch Beweise.

Wir alle befinden uns gerade in einem konkreten Beispiel für diese Situation. Das einzige Faktum, das die Anklage gegen mich vorbringen kann, ist der Kauf des bekannten Weckers. Daß der an sich nichts beweist, das wissen wir alle. Daß der an sich nichts beweist, daß weiß sogar die Bundesanwaltschaft. Und deshalb versucht man schon seit einiger Zeit, dieses Manko zu verdecken, indem man sich auf meine Gesinnung stürzt.

Die Artikel, die ich jahrelang geschrieben habe, ohne daß deswegen gegen mich ermittelt wurde, diese Artikel werden plötzlich mit ganz anderen Augen gelesen. Diese Artikel werden in das Verfahren eingebracht als Texte zu „anschlagsrelevanten Themen“.

Ein Brief, den ich der DDR-Wissenschaftlerin Lili Segal schrieb, wurde als „Beweismittel“ beschlagnahmt. Ich habe in diesem Brief unter anderem erwähnt, daß ich mich als Journalistin auch mit den Themen beschäftigt habe, die neuerdings als „anschlagsrelevant“ gelten. Der Bundesgerichtshof zog

daraus folgenden Schluß, ich zitiere wörtlich: „Der Brief kommt als Beweismittel für die subjektive Tatsache in Betracht; er kann den Beweis dafür erbringen, daß sich die Beschuldigte für Ziele engagiert, denen der ihr zur Last gelegte Anschlag galt. Dabei geht es (...) um die subjektive Verbindung der Beschuldigten zu den Zielen, denen der Anschlag galt.“

Mit ist bewußt, daß auch im Verlauf dieses Verfahrens diese „subjektive Verbindung“ hergestellt werden soll, eben weil es keine objektiven Beweise gibt. Mir ist bewußt, daß jedes Wort, das ich hier sage, zum Gesinnungsbeweis gemacht werden kann und gemacht wird. Um nur ein kleines Beispiel aus der Erfahrung mit anderen Staatsschutz-Prozessen zu nennen: schon die Verwendung des Wortes „Imperialismus“ preßt mich in ein bestimmtes Raster. Es wäre müßig, hier darauf hinzuweisen, daß dieses Wort zum ABC des historischen Materialismus gehört. Daß dieses Wort für die unterdrückten und ausgebeuteten Völker dieser Erde tagtäglich eine ganz praktische Bedeutung hat. — Die, daß ihre Kinder zu Millionen verhungern; die, daß ihre Frauen, Männer und Kinder sich in den Weltmarktfabriken zu Tode schuften; die, daß ihre Frauen, Männern und Kinder — durch Hunger oder Giftgas aus ihrer Heimat vertrieben — die Flüchtlingslager füllen; die, daß ihre Widerstandskämpferinnen und -kämpfer bestialisch gefoltert und ermordet werden. Es wäre müßig, hier darauf hinzuweisen, denn darum geht es — scheinbar — nicht. Letztlich geht es genau darum, denn dieser Zustand soll erhalten bleiben. Und jede/jeder, die/der die Methode des historischen Materialismus noch wirklich ernst nimmt, bedroht die reibungslose Erhaltung dieses Zustandes. Doch vordergründig geht es darum, daß dieses Wort „Imperialismus“, das also einen ganz konkreten Zustand der Welt benennt, auch von der Guerilla verwendet wird, die diesen Zustand bewaffnet bekämpft. Das nimmt der Staatsschutz zum Vorwand, um dieses Wort zum Tabuwort zu erklären. Und die, die gegen dieses Tabu verstoßen, einer bestimmten Gesinnung zu überführen. Dasselbe gilt noch viel mehr für das Wort „Guerilla“. Denn der Staatsschutz sagt: Wer Guerilla sagt, gehört dazu. Die offizielle Wortschöpfung heißt bekanntlich Terrorismus. Es gibt also nicht nur „anschlagsrelevante“ Themen, es gibt auch „anschlagsrelevante“ Wörter und Begriffe.

Die Drohung, daß jede Verwendung dieser Begriffe zu einem Baustein für meine Verurteilung gemacht wird, diese Drohung schwebt seit meiner Verhaftung wie ein Damoklesschwert über mir. Diese Drohung ist aber nicht nur ein Versuch, fehlende Beweise durch Gesinnung zu ersetzen, sie ist auch ein Versuch, mich zum Schweigen zu bringen, mich zu entpolitisieren. Wenn ich schon nicht sage, für wen in den ominösen Wecker gekauft habe, dann soll ich auch politisch den Mund halten.

Ich lasse mich aber nicht zum Schweigen bringen. Ich habe mein Leben damit verbracht, laut zu sagen, was ich denke. Ich habe mein Leben damit verbracht, meine politische Haltung zu artikulieren in Artikeln, Büchern, Diskussionsbeiträgen. Ich bin auch jetzt nicht bereit, mir den Maulkorb umzuhängen, der unsichtbar in diesem Raum für mich ausliegt. Ich weiß, daß ich mir damit womöglich mein eigenes Grab schaufle. Ich weiß aber auch, daß innerhalb und außerhalb dieses Bunkers sehr viele Menschen sehr aufmerksam verfolgen, was hier vorgeht.

Wenn man mich einzig und allein für meine politische Haltung verurteilen will, dann muß das wenigstens in aller Öffentlichkeit geschehen und begründet werden. Ich sehe daher, trotz der abenteuerlichen Anklageschrift, die wir gerade gehört haben, diesem Verfahren mit Gelassenheit und zugleich mit großer Spannung entgegen.

14.2.1989

Ingrid Strobl

THEMENSCHWERPUNKTE - FÜR UNSERE NÄCHSTEN NUMMERN

Über den b e w a f f n e t e n K a m p f zum Sturz des Kapitalismus

- o Das Stadtguerillakonzzept der RZ, RAF u.a. nicht geeignet den Kapitalismus zu stürzen!
- o Rütteln individuelle bewaffnete Aktionen die Ausgebeuteten auf?
- o Entsteht Klassenbewußtsein automatisch durch die Verschärfung der Repression?
- o "Bewaffnete Propaganda" und der revolutionäre Kampf
- o Warum individuelle, bewaffnete Aktionen nicht grundsätzlich abzulehnen sind
- o Die Erfahrungen von INDONESIEN und CHILE haben uns gezeigt -
o h n e Kampf gegen die Propagandisten des "friedlichen Weges" innerhalb der Bewegung führt der revolutionäre Kampf zur katastrophalen Niederlage

Über Klassen und Klassenkampf im Kapitalismus

- o Welches ist die revolutionäre Klasse? die Marginalisierten, "alle die kämpfen" oder die Arbeiterklasse?
- o Wer soll durch die Revolution befreit werden - die Ausgebeuteten und Unterdrückten oder 'alle Menschen'?
- o Wer hat die Macht im Kapitalismus - die MIK's oder die Bourgeoisie?

Die 'Theorie' vom "imperialistischen Gesamtsystem" verharmlost die grundlegenden Widersprüche zwischen den Imperialisten!

- o Warum können "neue Bedingungen" Profitstreben und Konkurrenz nicht aufheben?
- o Warum sind Kriege zwischen den Imperialisten unvermeidlich?
- o Die 'Theorie' der "Gleichzeitigkeit der Revolutionen" verdammt die Revolution in jedem einzelnen Land zum Abwarten.

* * * * *

RADIKAL BRECHEN ist erhältlich bei:

- ** Schwarzmarkt, Bundesstr. 9, 2000 Hamburg 11
 - ** BBA Laden, St. Paulistr. 11, 28 Bremen
 - ** Cafe Korn, Kornstr. 28-30, 3000 Hannover 1
 - ** Internationalismus Buchhandlung, Engelborster Damm 10
3000 Hannover
 - ** Buchladen Rote Straße 10, 34 Göttingen
 - ** KOMM - Cafe Molotow, Königstr. 93, 8500 Nürnberg
 - ** Buchhandlung Jos Fritz, Wilhelmstr. 15, 7800 Freiburg
 - ** Buchhandlung Niedlich, Schmalestr. 9, 7000 Stuttgart 1
- in Österreich:
- ** Rotstilzchen, Margaretenstr. 99, 1050 Wien